

## Einführende Bemerkung

Im Anschluss an diese Ausführungen finden Sie den Gesetzentwurf und die Begründung, für welche wir in der ersten Phase des Volksbegehrens mindestens 25.000 Unterschriften sammeln müssen.

Es handelt sich dabei um eine Änderung der Bayerischen Verfassung. Diese wird so modifiziert, dass öffentlicher Rundfunk nur noch in Form des Bürgerrundfunks nach unserem Modell verfassungskonform sein wird. Sämtliche Rundfunkstaatsverträge, auch der Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag, werden mit Beschluss dieser Verfassungsänderung mit der Bayerischen Verfassung insoweit unvereinbar und können daher nicht mehr angewendet werden. Die bayerische Staatsregierung wird dann gezwungen sein, den Bayerischen Rundfunk zu einem Bürgerrundfunk nach diesem Modell umzuformen und insbesondere den Rundfunkbeitrag (GEZ) in Bayern abzuschaffen.

Diese Idee ist selbstverständlich mit dem Grundgesetz vereinbar. Grundrechte wie die Freiheit der Berichterstattung werden durch diesen Entwurf sogar ganz bewusst gestärkt. Der Vorschlag geht über den Schutz des Grundgesetzes hinaus, indem er unter anderem auch die Berichterstattung über das Internet und den Zugang zu Selbigem schützt. Bayern erhält mit diesem Begehren die fortschrittlichste Medienverfassung in ganz Deutschland.

Konkret bewirkt dieser Entwurf die Abschaffung der Zwangsbeiträge und zielt auf eine grundlegende Reform des öffentlichen Rundfunks ab, wie sie im Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland niedergelegt ist. In Zukunft soll es danach einen Bürgerrundfunk geben. Ein schlankes, auf wertvolle Inhalte fokussiertes und von den Bürgern getragenes Medium, welches sich durch freiwillige Zahlungen finanziert. Der öffentliche Rundfunk soll daher nicht abgeschafft, sondern auf ein sinnvolles Maß, ein hochwertiges Angebot an kulturellen, bildenden und informativen Inhalten, begrenzt werden. Der Rundfunkbeitrag (ehemals Rundfunkgebühr) wird abgeschafft und durch ein Pay-TV-Modell ersetzt. Zugang erhält jeder Bürger, der dies wünscht und bereit ist, dafür zu bezahlen.

Denkbar wäre auch die bloße Abschaffung der Zwangsbeiträge, welche jedoch zu einer vollständigen Finanzierung aus Steuermitteln führen würde. Die Probleme der fehlenden Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit wären damit jedoch nicht gelöst. Das Jahresbudget des öffentlichen Rundfunks in Höhe von ca. € 9.600.000.000,00 (9,6 Milliarden)<sup>1</sup> würde dieser dann eben aus Steuermitteln erhalten. Zum Vergleich: Die Summe ist doppelt so hoch wie der Jahreshaushalt des Saarlandes bzw. fast so hoch wie die jährlichen Kosten der gesamten Justiz in ganz Deutschland (sämtliche Gerichte, Richter, Staatsanwälte etc.).<sup>2</sup>

Bemerkenswert ist auch, was mit diesem Geld geschieht. So kostet allein die Einziehung des Rundfunkbeitrages durch die GEZ (heute Beitragsservice) schon rund € 200.000.000,00 (200 Millionen) im Jahr.<sup>3</sup> Das entspricht den Gesamtkosten für 40 Folgen „Tatort“ und sämtlichen Spartenprogrammen zusammen (Phoenix, tagesschau24, Einsfestival, EinsPlus, ARD-alpha, ZDFinfo, ZDFkultur, ZDFneo).<sup>4</sup> Nimmt man ARTE, 3Sat und einzelne kulturell wertvolle Inhalte hinzu, bleiben die Kosten äußerst gering. Gerade die wertvollen Inhalte aus den Bereichen Kultur, Bildung und Information, welche einen öffentlichen Rundfunk rechtfertigen können, machen also nur einen Bruchteil des Gesamtbudgets aus. Wir wollen einen solchen schlanken Sender.

---

<sup>1</sup> 20. Bericht der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs, S. 6

<sup>2</sup> [https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Rechtspflege/Querschnitt/BroschuereJustizBlick0100001159004.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Rechtspflege/Querschnitt/BroschuereJustizBlick0100001159004.pdf?__blob=publicationFile), S. 52).

<sup>3</sup> 20. Bericht der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs, S. 323

<sup>4</sup> 20. Bericht der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs, S. 329

Die schlichte Unterhaltung in Form von Fußball, Serien, Spielfilmen oder Quiz-Shows, welche ganz erhebliche Kosten verursachen, werden von den privaten Anbietern ohnehin bereitgestellt. Dieses schlanke Programm könnte nach unserem Entwurf jedenfalls für eine Übergangszeit auch aus dem Haushalt finanziert werden. Wir teilen jedoch die Einschätzung von Medienökonomern, wonach an einem solchen Angebot ein großes Interesse besteht und eine finanzielle staatliche Förderung nicht notwendig sein wird.

Ein weiterer Vorteil dieses Entwurfs ist die massive Begrenzung der politischen Einflussnahme. Im Jahr 2014 hat das Bundesverfassungsgericht festgehalten, dass sich von den 77 Mitgliedern im ZDF-Fernsehrat ganze 76 freiwillig einem SPD- oder Unions-Freundeskreis zuordnen. Um dieser Gefahr einer Beeinflussung entgegen zu wirken, wollen wir den politischen Einfluss reduzieren und die nichtpolitischen Vertreter in den Rundfunkgremien demokratisch bestimmen lassen.

Zusammenfassend wollen wir mit diesem Begehren ganz bewusst „dicke Bretter bohren“ und einen echten Reformvorschlag für ein zukunftsfähiges Bürgermedium unterbreiten. Den Umstand, dass der Antragstext und die Begründung sehr knapp gehalten und klein geschrieben sind, bitten wir zu entschuldigen. Dies ist aus organisatorischen Gründen sinnvoll.

## **ANTRAG auf Zulassung des Volksbegehrens**

### **„Bürgerrundfunk“**

**An das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr**

Die unterzeichneten Stimmberechtigten beantragen gemäß Art. 63 des Landeswahlgesetzes, ein Volksbegehren für folgenden Gesetzentwurf zuzulassen:

#### **Entwurf eines Gesetzes über die Änderung von Art. 110 der Bayerischen Verfassung**

##### **§ 1**

Art. 110 der Verfassung des Freistaates Bayern (BV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15.12.1998 (GVBl. S. 991, 992; BayRS 100-1-I), zuletzt geändert durch § 1 ÄndG vom 11.11.2013 (GVBl. 642), wird wie folgt neu gefasst:

(1) <sup>1</sup>Jeder Bewohner Bayerns hat das Recht, seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern. <sup>2</sup>Die Freiheit der Berichterstattung durch Medien wird gewährleistet. <sup>3</sup>Medien haben wahrheitsgetreu zu berichten. <sup>3</sup>Eine Zensur findet nicht statt.

(2) <sup>1</sup>Die Unterrichtung und die Meinungsbildung aus allgemein zugänglichen Quellen, insbesondere der Rundfunkempfang, der Bezug von Druckerzeugnissen sowie der Zugang zum Internet dürfen nicht beschränkt werden.

(3) <sup>1</sup>Öffentliche Medien werden als Körperschaften des öffentlichen Rechts betrieben, deren Kontrolle den Bürgern des Freistaats Bayern obliegt. <sup>2</sup>Die Kontrollgremien werden zu einem Drittel mit Vertretern aus der Politik und zu zwei Dritteln mit Vertretern aus der Gesellschaft besetzt. <sup>3</sup>Die politischen Vertreter setzen sich aus den Abgeordneten des bayerischen Landtages zusammen, im Verhältnis der Stärke der dort vertretenen Fraktionen. <sup>4</sup>Die Vertreter aus der Gesellschaft, welche durch Vereine und Verbände aufgestellt werden, sind in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl durch die Bürger zu wählen. <sup>5</sup>Sie sollen keine Mitglieder politischer Parteien sein und dürfen für solche nicht in herausgehobener Funktion Verantwortung tragen. <sup>6</sup>Niemand darf mittelbar oder unmittelbar gegen seinen Willen zur Finanzierung öffentlicher Medien herangezogen werden. <sup>7</sup>Auf Werbung soll verzichtet werden. <sup>8</sup>Es gelten die Grundsätze der Subsidiarität, der Neutralität und der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit.

(4) <sup>1</sup>Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und das Kommunikationsgeheimnis werden gewährleistet.

##### **§ 2**

Die Art. 111, Art. 111a und 112 der BV in der oben genannten Fassung werden ersatzlos gestrichen.

### Begründung:

Dieses Begehren will den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Bayern reformieren. Freiheit, Wirtschaftlichkeit und Demokratie sollen dabei durch **drei wesentliche Veränderungen** gestärkt werden:

**1. Entscheidungsfreiheit:** Mit dieser Reform wird nur noch derjenige für den öffentlichen Rundfunk bezahlen, der das Angebot nutzen will. Es wird also auf die tatsächliche Nutzungsmöglichkeit und nicht mehr auf das bloße Innehaben einer Wohnung abgestellt. Konkret werden die Inhalte verschlüsselt und nur derjenige, der einen Zugang haben möchte, bezahlt weiterhin. Jedermann erhält so die freie Wahl. Eine Steuer- bzw. Haushaltsfinanzierung ist als mittelbare Finanzierung gegen den Willen der Bürger grundsätzlich ausgeschlossen. Eine geringfügige staatliche Subventionierung wird nicht angestrebt, insbesondere für eine Übergangszeit ist sie jedoch mit dem Zweck vereinbar. Der öffentliche Rundfunk soll grundsätzlich auf Werbung verzichten. Die Möglichkeit einer punktuellen Werbefinanzierung, z.B. beim Radio, wird dadurch nicht ausgeschlossen.

**2. Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Subsidiarität:** Ohne Gewinnerzielungsabsicht ist der öffentliche Rundfunk darauf ausgelegt, seinen Zuschauern und Zuhörern ein hochwertiges Programm kostendeckend anzubieten. Insbesondere die Sparsamkeit war in den letzten Jahrzehnten nicht selbstverständlich. Die Zielrichtung ist es, das Angebot der privaten Sender sinnvoll zu ergänzen. Der Schwerpunkt soll daher auf Information, Kultur und Bildung liegen, Unterhaltung soll nur subsidiär angeboten werden. Gerade bei der Berichterstattung soll der neue Bürgerrundfunk bezüglich journalistischer Qualität und Neutralität Vorbild werden. Durch die Verschlankung sinken die Kosten des Rundfunks, sodass er für jedermann bezahlbar bleibt.

**3. Demokratische Rundfunkkontrolle:** Die Kontrolle über den öffentlichen Rundfunk wird künftig von den Bürgern ausgeübt. Statt der Politik bestimmt das Volk durch Wahlen, welche Personen oder Verbände die Gesellschaft in den Medienräten vertreten. Das Leitbild ist die Unabhängigkeit des Bürgerrundfunks von der Politik. Gerade die Rolle der gesellschaftlichen Vertreter, aber auch die Unabhängigkeit der einzelnen Journalisten ist daher zu stärken. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk wird durch diese Reform gerade nicht zu einem Privatfernsehen, sondern bleibt in der Hand der Bürger. Er wird ein moderner Bürgerrundfunk.

	Familienname, Vorname	Anschrift	Telefon, E-Mail
Beauftragter			
Stellvertreter			

weitere Stellvertreter	Familienname, Vorname	Anschrift	Telefon, E-Mail
1.			
2.			
3. usw.			

#### Erläuterung zur Sammlung der Unterschriften

- Für jede Gemeinde/Verwaltungsgemeinschaft ist ein **eigener** Unterschriftenbogen bzw. ein **eigenes** Unterschriftenheft erforderlich. Personen aus verschiedenen Gemeinden/Verwaltungsgemeinschaften können nicht auf derselben Liste unterschreiben.
- Eintragungen, die die Person des Unterzeichners nicht eindeutig erkennen lassen (z. B. wegen unleserlicher oder unvollständiger Angaben) oder die nicht eigenhändig unterschrieben sind, sind **ungültig**.
- Alle Unterzeichner müssen stimmberechtigt sein, d.h.
  - **Deutsche** im Sinn des Art. 116 Abs. 1 des Grundgesetzes sein,
  - das **18. Lebensjahr** vollendet haben,
  - seit mindestens **drei Monaten** in Bayern ihre **Wohnung**, bei mehreren Wohnungen ihre Hauptwohnung haben oder sich sonst in Bayern gewöhnlich aufhalten,
  - **nicht** vom Stimmrecht **ausgeschlossen** sein.
- Jeder/Jede Stimmberechtigte kann nur **einmal** und nur **persönlich** unterschreiben.
- Wer unbefugt unterschreibt oder sonst ein unrichtiges Ergebnis des Antrags herbeiführt oder das Ergebnis verfälscht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft; der Versuch ist strafbar (§ 107a Abs. 1 und 3 des Strafgesetzbuchs – StGB – in Verbindung mit § 108d StGB).
- Die gesammelten Unterschriften müssen der zuständigen Gemeinde/Verwaltungsgemeinschaft zur Bestätigung des Stimmrechts vorgelegt werden, sonst sind sie unwirksam.

Ich unterstütze den auf der/den Seite 1-2 abgedruckten Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens (einschließlich Gesetzentwurf und Begründung).